

Vollzugshilfen zur Umsetzung der Marktüberwachung bei den abfallrechtlichen Harmonisierungsrechtsvorschriften für Altfahrzeuge, Elektro- und Elektronikgeräte, Batterien und Akkumulatoren und Verpackungen in Sachsen-Anhalt

Anhang III zum Handbuch

Leitfaden

zur Marktüberwachung hinsichtlich der Einhaltung der Vorgaben des Verpackungsgesetzes

Bearbeitungsstand 7. Mai 2021



SACHSEN-ANHALT

Landesamt für Umweltschutz

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung und Zielstellung	4
2	Abkürzungen	4
3	Begriffsbestimmungen	4
4	Rechtliche Grundlagen	12
4.1	Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle	12
4.2	Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen (Verpackungsgesetz - VerpackG).....	12
5	Überwachung	16
5.1	Hinweispflichten.....	16
5.2	Vorgaben zur Kennzeichnung.....	16
5.3	Verkehrsverbote	18
5.3.1	Konzentrationsgrenzen gem. § 5 Abs. 1	18
5.3.2	Kunststofftragetaschen gem. § 5 Abs. 2	19
5.3.3	Nicht registrierte Hersteller gem. § 9 Abs. 5	19
5.4	Registrierungspflicht	19
5.5	Nachweispflichten.....	19
5.6	Pfanderhebungspflicht	20
5.7	Rücknahmepflichten	20
5.8	Verwertungspflichten	21
5.9	Zentrale Stelle	22
5.10	Praktische Vorgehensweise bei der Überwachung - Hinweise zur Verwendung der Checklisten	23
6.	Quellenverzeichnis	25
7.	Anlage	25

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht über die unterschiedlichen, gesetzlichen Verpackungsarten und deren Eigenschaft zur Systembeteiligungspflicht (blau: ja, orange: nein)	5
Abbildung 2: Beispiele für Verkaufsverpackungen [Bildquelle: INTECUS]	6
Abbildung 3: Beispiele für Serviceverpackungen [Bildquelle: INTECUS]	6
Abbildung 4: Beispiele für Versandverpackungen [Bildquelle: R. Tietze]	7
Abbildung 5: Beispiele für Umverpackungen (aus Karton) [Bildquelle: INTECUS]	7
Abbildung 6: Beispiele für Transportverpackungen (aus Karton und Holz) [Bildquelle: http://www.pixabay.com]	8
Abbildung 7: Beispiele für Getränkeverpackungen [Bildquelle: R. Tietze]	8
Abbildung 8: Beispiele für Mehrwegverpackungen [Bildquelle: INTECUS]	9
Abbildung 9: Beispiele für Einweggetränkeverpackungen [Bildquelle INTECUS]	9
Abbildung 10: Beispiel für eine Verbundverpackung [Bildquelle: INTECUS]	10
Abbildung 11: Beispiele für die Kennzeichnung von Handelsmarken [Bildquelle: INTECUS]	11
Abbildung 12: Beispiel DGP-Kennzeichnung [Bildquelle: INTECUS]	17
Abbildung 13: Kennzeichnungs-Beispiel Polypropylen [Bildquelle: INTECUS]	17
Abbildung 14: Kennzeichnungs-Beispiel Papier und Pappe (nicht eindeutig aufgrund fehlender Nummer) [Bildquelle: INTECUS]	18
Abbildung 15: Kennzeichnungs-Beispiel Polyethylen hoher Dichte [Bildquelle: INTECUS]	18

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zu überwachende Regelungen des VerpackG sowie geltende Owi-Tatbestände	13
---	----

1 Einführung und Zielstellung

Dieser Leitfaden dient der Umsetzung der Vorgaben der abfallrechtlichen Harmonisierungsvorschriften in Bezug auf Verpackungen. Die dargestellten Maßnahmen zur Marktüberwachung umfassen den gesamten Produktlebenszyklus der Verpackungen und der damit einhergehenden Pflichten aller Wirtschaftsakteure, wie z. B. allgemeine Anforderungen an die Herstellung von Verpackungen, Verkehrsverbote, Rücknahme- und Pfandpflichten, Nachweisverpflichtungen, Kennzeichnung, Hinweispflichten sowie Wiederverwendung und Verwertung.

2 Abkürzungen

EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
LAU	Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt
LSA	Land Sachsen-Anhalt
MULE	Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt
Owi	Ordnungswidrigkeit
PET	Polyethylenterephthalat
VE	Vollständigkeitserklärung
VerpackG	Verpackungsgesetz

3 Begriffsbestimmungen

Nachfolgend werden die für diesen Leitfaden erforderlichen Definitionen wiedergegeben.

Verpackungen¹ gemäß § 3 (1) Nr. 1 VerpackG sind aus beliebigen Materialien hergestellte Erzeugnisse zur Aufnahme, zum Schutz, zur Handhabung, zur Lieferung oder zur Darbietung von Waren, die vom Rohstoff bis zum Verarbeitungserzeugnis reichen können, vom Hersteller an den Vertreiber oder Endverbraucher weitergegeben werden. Die Begriffsbestimmung für Verpackungen wird durch die in der Anlage 1 VerpackG genannten Kriterien ergänzt; die dort aufgeführten Gegenstände sind Beispiele für die Anwendung dieser Kriterien.

Neben dem Verpackungsbegriff werden im VerpackG verschiedene Verpackungsarten spezifiziert. In Abbildung 1 sind die unterschiedlichen, gesetzlichen Verpackungsarten dargestellt, welche jeweils unterschiedliche Pflichten nach VerpackG für die Wirtschaftsteilnehmer nach sich ziehen. Systembeteiligungspflichtige Verpackungen sind in der Abbildung blau hinterlegt und die nicht systembeteiligungspflichtigen Verpackungen sind orange hinterlegt.

¹ Eine gute Entscheidungshilfe für die Einstufung von Verpackungen gemäß VerpackG liefert das Themenpapier Nr. 7 sowie der Katalog systembeteiligungspflichtiger Verpackungen unter www.verpackungsregister.org/ → Information & Orientierung → Hilfe & Erklärung → Themenpapiere bzw. Stiftung & Behörde → Katalog Systembeteiligungspflicht

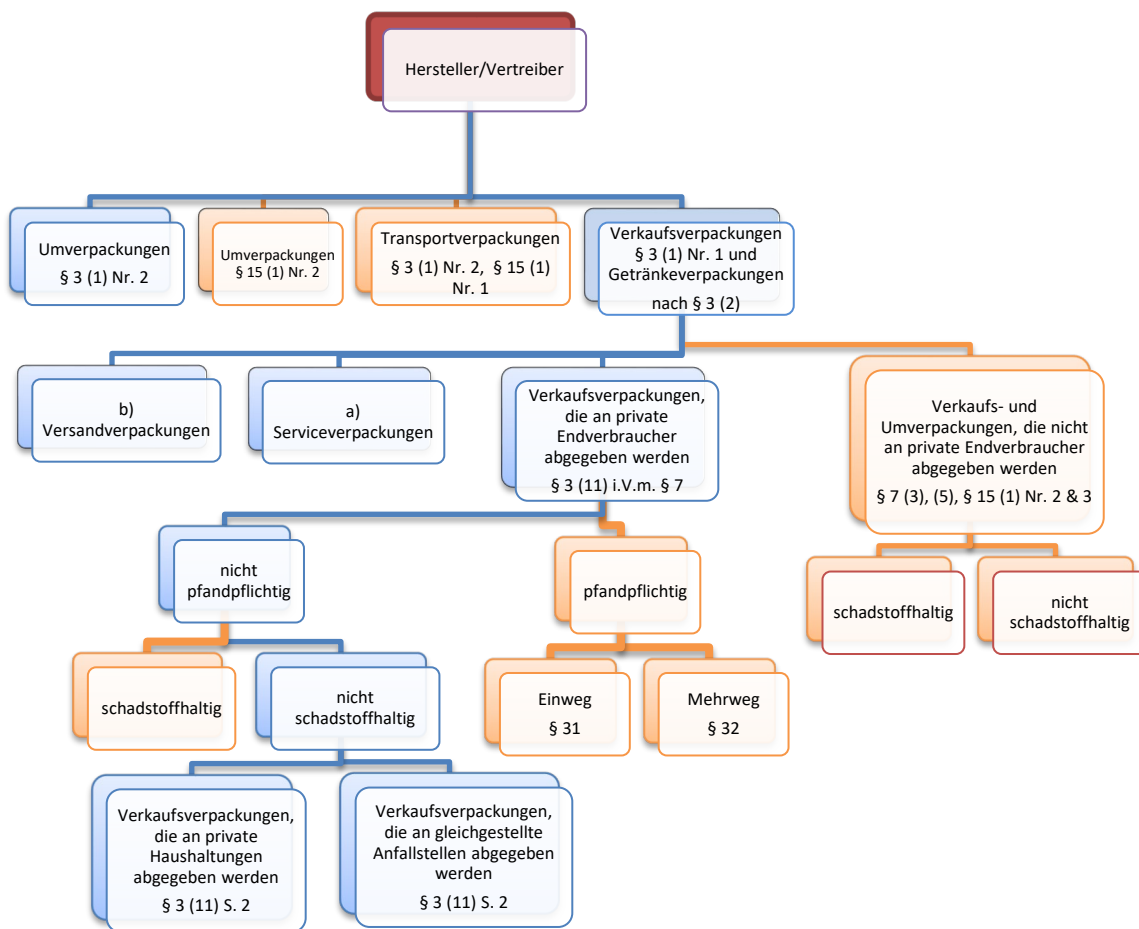


Abbildung 1: Übersicht über die unterschiedlichen, gesetzlichen Verpackungsarten und deren Eigenschaft zur Systembeteiligungspflicht (blau: ja, orange: nein)

Verkaufsverpackungen gemäß § 3 (1) Nr. 1 VerpackG sind Verpackungen, die dem Endverbraucher als Verkaufseinheit aus Ware und Verpackung angeboten werden und beim Endverbraucher anfallen.

Verkaufsverpackungen im Sinne des Gesetzes sind auch Verpackungen des Handels, die erst beim Letztvertreiber befüllt werden und die Übergabe oder den Versand von Waren an den Endverbraucher ermöglichen oder unterstützen. Dabei wird in Service- und Versandverpackungen unterschieden.



Abbildung 2: Beispiele für Verkaufsverpackungen [Bildquelle: INTECUS]

Eine **Serviceverpackung** erreicht den Letztvertreiber getrennt von der Ware und wird erst beim Letztvertreiber im vom Kunden gewünschten Umfang mit Ware befüllt. Typische Serviceverpackungen sind bspw. Tragetaschen aus Papier oder Kunststoff, Wurstfolien und Bröchentüten.



Abbildung 3: Beispiele für Serviceverpackungen [Bildquelle: INTECUS]

Eine **Versandverpackung** erreicht den Letztvertreiber getrennt von der Ware und wird dort mit der vom Kunden bestellten Ware befüllt. Typische Versandverpackungen sind z.B. Versandtaschen und -mappen.

Als den Versand unterstützendes Material zählen auch Polster o.ä. Materialien zum Schutz der Ware als Versandverpackung.



Abbildung 4: Beispiele für Versandverpackungen [Bildquelle: R. Tietze]

Umverpackungen gemäß § 3 (1) Nr. 2 VerpackG sind Verpackungen, die als zusätzliche Verpackungen zu Verkaufsverpackungen verwendet werden und nicht aus Gründen der Hygiene, der Haltbarkeit oder des Schutzes der Ware vor Beschädigung oder Verschmutzung für die Abgabe an den Endverbraucher erforderlich sind. Sie enthalten oftmals mehrere Verkaufseinheiten oder dienen der Bestückung von Verkaufsregalen.



Abbildung 5: Beispiele für Umverpackungen (aus Karton) [Bildquelle: INTECUS]

Transportverpackungen gemäß § 3 (1) Nr. 3 VerpackG sind Verpackungen, die den Transport von Waren erleichtern, die Waren auf dem Transport vor Schäden und direkter Berührung bewahren oder die aus Gründen der Sicherheit des Transports verwendet werden und beim Verteiler anfallen. Container für den Straßen-, Schienen-, Schiffs- oder Lufttransport sind keine Transportverpackungen.



Abbildung 6: Beispiele für Transportverpackungen (aus Karton und Holz) [Bildquelle: <http://www.pixabay.com>]

Getränkeverpackungen gemäß § 3 (2) VerpackG sind geschlossene oder überwiegend geschlossene Verpackungen für flüssige Lebensmittel im Sinne von Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1), die zum Verzehr als Getränk bestimmt sind.



Abbildung 7: Beispiele für Getränkeverpackungen [Bildquelle: R. Tietze]

Mehrwegverpackungen gemäß § 3 (3) VerpackG sind Verpackungen, die dazu bestimmt sind, nach Gebrauch mehrfach zum gleichen Zweck wiederverwendet zu werden. Ihre Rückgabe und Wiederverwendung werden durch eine ausreichende Logistik ermöglicht und in der Regel durch ein Pfand als Anreiz gefördert.



Abbildung 8: Beispiele für Mehrwegverpackungen [Bildquelle: INTECUS]

Einweggetränkeverpackungen gemäß § 3 (4) VerpackG sind Getränkeverpackungen, die keine Mehrweggetränkeverpackungen sind.



Abbildung 9: Beispiele für Einweggetränkeverpackungen [Bildquelle INTECUS]

Verbundverpackungen gemäß § 3 (5) VerpackG sind Verpackungen, die aus zwei oder mehr unterschiedlichen Materialarten bestehen, die nicht von Hand getrennt werden können.



Abbildung 10: Beispiel für eine Verbundverpackung [Bildquelle: INTECUS]

Restentleerte Verpackungen gemäß § 3 (6) VerpackG sind Verpackungen, deren Inhalt bestimmungsgemäß ausgeschöpft worden ist.

Schadstoffhaltige Füllgüter gemäß § 3 (7) VerpackG i.V.m. Anlage 2 VerpackG sind

1. Stoffe und Zubereitungen, die bei einem Vertrieb im Einzelhandel dem Selbstbedienungsverbot nach § 4 (1) der Chemikalienverbotsverordnung unterliegen würden,
2. Pflanzenschutzmittel, die nur für die Anwendung durch berufliche Anwender nach dem Pflanzenschutzgesetz zugelassen sind,
3. Gemische von Diphenylmethan-4,4'-diisocyanat (MDI), soweit diese nach der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008, als atemwegssensibilisierend der Kategorie 1 (Resp. Sens. 1) einzustufen sowie mit dem H-Satz H334 zu kennzeichnen sind und in Druckgaspackungen in Verkehr gebracht werden, sowie
4. Öle, flüssige Brennstoffe und sonstige ölbürtige Produkte, die als Abfall unter die Abfallschlüssel 12 01 06, 12 01 07, 12 01 10, 16 01 13 oder 16 01 14 oder unter Kapitel 13 der Anlage zur Abfallverzeichnis-Verordnung fallen würden.

Hersteller gemäß § 3 (14) VerpackG ist derjenige Vertreiber, der Verpackungen erstmals gewerbsmäßig in Verkehr bringt. Als Hersteller gilt auch derjenige, der Verpackungen gewerbsmäßig in den Geltungsbereich dieses Gesetzes einführt.

Systembeteiligungspflichtige Verpackungen gemäß § 3 (8) VerpackG sind mit Ware befüllte Verkaufs- und Umverpackungen, die nach Gebrauch typischerweise beim privaten Endverbraucher als Abfall anfallen.

Hersteller von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen sind nach § 7 (1) VerpackG dazu verpflichtet, sich mit diesen Verpackungen zur Gewährleistung der flächendeckenden Rücknahme an einem oder mehreren Systemen zu beteiligen. Im Rahmen der Beteiligung an Systemen werden die Verpackungen je registrierten Hersteller nach Materialart und Masse erfasst. Der Hersteller bekommt von dem System an dem er sich beteiligt eine Bestätigung. Für systembeteiligungspflichtige Serviceverpackungen besteht nach § 7 (2) VerpackG

die Möglichkeit, dass der Hersteller vom Vorvertreiber verlangt, sich mit den Serviceverpackungen an einem System zu beteiligen. Zur Kontrolle kann der Hersteller dann auch die Bestätigung vom System über die Beteiligung vom Vorvertreiber verlangen. Mit dieser Übertragung gehen auch die Herstellerpflichten wie Registrierung, Datenmeldung und Vollständigkeitserklärung (§§ 9 bis 11) an den Vorvertreiber über.

Vertreiber gemäß § 3 (12) VerpackG ist jeder, der, unabhängig von der Vertriebsmethode oder Handelsstufe, Verpackungen gewerbsmäßig in Verkehr bringt.

Ein **Vorvertreiber** ist derjenige Vertreiber, welcher dem gerade betrachteten Vertreiber vorgelagert ist. **Letztvertreiber** ist nach § 3 (13) VerpackG, wer Verpackungen an den Endverbraucher abgibt.

Eine **Branchenlösung** ist dann gegeben, wenn Hersteller bei Anfallstellen, die den privaten Haushalten i.S.d. § 3 (11) Satz 2 und 3 VerpackG gleichgestellt sind (s. dazu Definition „Endverbraucher“), die in Verkehr gebrachten Verpackungen selbst oder durch zwischengeschaltete Vertreiber zurücknehmen und einer Verwertung zuführen. In diesen Fällen entfällt die Systembeteiligungspflicht nach § 7 (1) VerpackG.

Erstinverkehrbringer sind Hersteller, die gemäß § 7 (1) Satz 1 VerpackG erstmals Verpackungen in Verkehr bringen. Unter **Inverkehrbringen** versteht man nach § 3 (9) VerpackG jede entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe an Dritte im Geltungsbereich des VerpackG mit dem Ziel des Vertriebs, des Verbrauchs oder der Verwendung.

Wichtig ist das erstmalige Inverkehrbringen der Verkaufsverpackungen im Geltungsbereich des VerpackG, also innerhalb der Landesgrenzen der Bundesrepublik Deutschland. Dies gilt ausnahmslos für alle gewerblichen Hersteller, auch den gewerblichen Internethandel.

Ein Handelshaus gilt als Erstinverkehrbringer, wenn es ausschließlich selbst als Abfüller/Hersteller auf der Verpackung angegeben ist und das Markenrecht innehat.



Abbildung 11: Beispiele für die Kennzeichnung von Handelsmarken [Bildquelle: INTECUS]

Beim Import von Verpackungen, die typischerweise beim privaten Endverbraucher anfallen, gilt derjenige als Inverkehrbringer, der zum Zeitpunkt des Grenzüberttritts die rechtliche Verantwortung für die Ware trägt.

Als **Einzugsgebiet** gemäß § 3 (16) Satz 2 VerpackG des Herstellers oder Vertreibers ist das Gebiet des Landes anzusehen, in dem die Waren in Verpackungen in Verkehr gebracht werden.

Private Endverbraucher gemäß § 3 (11) VerpackG sind private Haushaltungen und diesen nach der Art der dort typischerweise anfallenden Verpackungsabfälle vergleichbare Anfallstellen. Vergleichbare Anfallstellen im Sinne von Satz 1 sind insbesondere Gaststätten, Hotels, Raststätten, Kantinen, Verwaltungen, Kasernen, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, karitative Einrichtungen, Niederlassungen von Freiberuflern, typische Anfallstellen des Kulturbereichs wie Kinos, Opern und Museen, sowie des Freizeitbereichs wie Ferienanlagen, Freizeitparks und Sportstadien. Vergleichbare Anfallstellen im Sinne von Satz 1 sind außerdem landwirtschaftliche Betriebe und Handwerksbetriebe, deren Verpackungsabfälle mittels haushaltsüblicher Sammelgefäße sowohl für Papier, Pappe und Karton als auch für Kunststoff-, Metall- und Verbundverpackungen, jedoch maximal mit einem 100-Liter- Umleerbehälter je Sammelgruppe, im haushaltsüblichen Abfuhrhythmus entsorgt werden können.

4 Rechtliche Grundlagen

4.1 Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle

Die rechtliche Grundlage zur Rücknahme und Verwertung von Verpackungen besteht auf europäischer Ebene bereits seit 1985 (Verpackungsrichtlinie 85/339/EWG). Derzeit gilt die Richtlinie 94/62/EG vom 20.12.1994, die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2018/852 geändert worden ist.

Die EU-Verpackungsrichtlinie legt insbesondere die nachfolgend beschriebenen für die Marktüberwachung relevanten Grundlagen für die Herstellung, den Vertrieb, die Verwendung und die Entsorgung von Verpackungen fest.

- Abfallvermeidung (Art. 4)
- Wiederverwendung (Art. 5)
- Verwertung und stoffliche Verwertung (Art. 6)
- Rücknahme-, Sammel- und Verwertungssysteme (Art. 7)
- Kennzeichnungs- und Identifizierungssystem (Art. 8)
- Grundlegende Anforderungen (Art. 9)
- Konzentration von Schwermetallen in Verpackungen (Art. 11)
- Informationssysteme (Art. 12)
- Unterrichtung der Verpackungsbenutzer (Art. 13)
- Freiheit des Inverkehrbringens (Art. 18)

4.2 Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen (Verpackungsgesetz - VerpackG)

Das Verpackungsgesetz setzt die Richtlinie 94/62/EG in deutsches Recht um und löste zum 1.1.2019 die Verpackungsverordnung ab. Die Regelungen des Gesetzes, die für die Marktüberwachung von Bedeutung sind, sind in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1: Zu überwachende Regelungen des VerpackG sowie geltende Owi-Tatbestände

Regelung VerpackG	Ordnungswidrigkeiten, die gemäß § 34 (2) 1. Halbsatz VerpackG mit einer Geldbuße bis zu zweihunderttausend Euro geahndet werden.	Ordnungswidrigkeiten, die gemäß § 34 (2) 2. Halbsatz VerpackG mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Euro geahndet werden.	Ordnungswidrigkeiten, die gemäß § 34 (2) 3. Halbsatz VerpackG mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.
Verkehrsverbote Stoffbeschränkungen Kunststofftragetaschen Nicht-Lizenzierung Nicht-Registrierung		<ul style="list-style-type: none"> – entgegen § 5 Absatz 1 Satz 1, – entgegen § 5 Absatz 2², – entgegen § 7 Absatz 1 Satz 4 oder – entgegen § 9 Absatz 5 Satz 1 eine Verpackung oder einen Verpackungsbestandteil in Verkehr bringt,	
Kennzeichnungsanforderungen			– entgegen § 6 Satz 2 eine Nummer oder Abkürzung verwendet,
Branchenlösung: Anzeigepflicht Mengenstromnachweis		<ul style="list-style-type: none"> – entgegen § 8 Absatz 2 Satz 1 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet, – entgegen § 8 Absatz 3 Satz 3 oder § 17 Absatz 3 Satz 1 einen Mengenstromnachweis nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vorlegt, 	
Vertreiberpflichten Verkaufsverbot		– entgegen § 9 Absatz 5 Satz 2 eine Verpackung zum Verkauf anbietet,	
Systempflichten Verbot von Beteiligungsanreizen flächendeckende	<ul style="list-style-type: none"> – entgegen § 7 Absatz 6 ein Entgelt oder einen Vorteil verspricht oder gewährt, – – entgegen § 14 Absatz 1 Satz 1 die Sammlung von restentleerten Verpackungen nicht 		

² Gilt ab dem 1.1.2022

Regelung VerpackG	Ordnungswidrigkeiten, die gemäß § 34 (2) 1. Halbsatz VerpackG mit einer Geldbuße bis zu zweihunderttausend Euro geahndet werden.	Ordnungswidrigkeiten, die gemäß § 34 (2) 2. Halbsatz VerpackG mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Euro geahndet werden.	Ordnungswidrigkeiten, die gemäß § 34 (2) 3. Halbsatz VerpackG mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.
Sammlung Verwertungsanforderungen Genehmigung Meldepflichten Bericht über ökol. Gest. d. Beteiligungs-entgelte	sicherstellt, – entgegen § 14 Absatz 2 dort genannte Abfälle einer Verwertung nicht richtig zuführt, – ohne Genehmigung nach § 18 Absatz 1 Satz 1 ein System betreibt,	– entgegen § 20 Absatz 1 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht, – entgegen § 21 Absatz 2 Satz 1 einen Bericht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet,	
Herstellerpflichten Systembeteiligungspflicht Registrierpflichten Verkaufsverbot Pflicht zu Datenmeldung Vollständigkeitserklärung Rücknahme-	– entgegen § 7 Absatz 1 Satz 1 sich nicht, nicht richtig oder nicht vollständig an einem System beteiligt,	– entgegen § 9 Absatz 1 Satz 1 sich nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig registrieren lässt, – entgegen § 9 Absatz 5 Satz 2 eine Verpackung zum Verkauf anbietet, – entgegen § 11 Absatz 1 Satz 1 eine Vollständigkeitserklärung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig hinterlegt, – entgegen § 15 Absatz 1 Satz	– entgegen § 9 Absatz 1 Satz 2 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht, – entgegen § 10 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, eine Angabe nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt,

Regelung VerpackG	Ordnungswidrigkeiten, die gemäß § 34 (2) 1. Halbsatz VerpackG mit einer Geldbuße bis zu zweihunderttausend Euro geahndet werden.	Ordnungswidrigkeiten, die gemäß § 34 (2) 2. Halbsatz VerpackG mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Euro geahndet werden.	Ordnungswidrigkeiten, die gemäß § 34 (2) 3. Halbsatz VerpackG mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.
<p>pfligt</p> <p>Hinweispflicht</p> <p>Verwertungsanforderungen</p> <p>Nachweispflichten</p>		<p>1, auch in Verbindung mit Absatz 4 Satz 1, eine dort genannte Verpackung nicht zurücknimmt,</p> <p>– entgegen § 15 Absatz 2 Satz 2, auch in Verbindung mit Absatz 4 Satz 1, einen Hinweis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig gibt,</p> <p>– entgegen § 15 Absatz 3 Satz 1 oder Absatz 4 Satz 3 eine dort genannte Verpackung einer Wiederverwendung oder Verwertung nicht richtig zuführt,</p> <p>– entgegen § 15 Absatz 3 Satz 3 oder Absatz 4 Satz 5, jeweils auch in Verbindung mit Absatz 3 Satz 4 oder 5, einen Nachweis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig führt,</p>	
<p>Getränkeverpackungen</p> <p>Pfandpflicht</p> <p>Kennzeichnungspflicht</p> <p>Rücknahmepflicht</p> <p>Verwertungsanforderungen</p> <p>Beteiligungspflicht (Pfandsystem)</p> <p>Hinweispflichten</p>		<p>– entgegen § 31 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, ein Pfand nicht erhebt,</p> <p>– entgegen § 31 Absatz 1 Satz 3 eine Einweggetränkeverpackung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig kennzeichnet,</p> <p>– entgegen § 31 Absatz 2 Satz 1 eine Einweggetränkeverpackung nicht zurücknimmt oder das Pfand nicht erstattet,</p> <p>– entgegen § 31 Absatz 3 Satz 1 eine zurückgenommene Einweggetränkeverpackung einer Verwertung nicht richtig zuführt,</p> <p>– entgegen § 31 Absatz 1 Satz 4 sich an einem bundesweiten Pfandsystem nicht beteiligt oder</p>	<p>– entgegen § 31 Absatz 2 Satz 2 ein Pfand ohne Rücknahme der Verpackung erstattet,</p> <p>– entgegen § 32 Absatz 1 oder 2 Satz 1, jeweils auch in Verbindung mit Absatz 3, einen Hinweis nicht oder nicht richtig gibt.</p>

5 Überwachung

Prinzipiell gilt das VerpackG für Hersteller, Importeure und Vertreiber von Verpackungen und mit Waren gefüllten Verkaufsverpackungen. Einen Schwerpunkt der Überwachung der VerpackG bilden generell die Hersteller und Vertreiber, da diese die Schnittstelle der Abgabe von Verpackungen an den Endverbraucher bilden und flächendeckend vorhanden sind.

Die nachfolgenden Vorgaben ergeben sich aus den im Abschnitt 4 dargestellten rechtlichen Vorschriften und unterliegen der Notwendigkeit der Marktüberwachung durch die zuständigen Behörden.

5.1 Hinweispflichten

Kann ein Hersteller oder Vertreiber von **systemunverträglichen Verpackungen** oder **Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter** am Ort der Übergabe nicht zurücknehmen, kann nach § 15 (2) VerpackG die Rücknahme auch in einer zentralen Annahmestelle erfolgen, wenn diese in einer zumutbaren Entfernung zum Ort der Übergabe liegt und zu den geschäftsüblichen Öffnungszeiten des Vertreibers zugänglich ist. Letztvertreiber von diesen Verpackungen müssen die Endverbraucher durch deutlich erkennbare und lesbare Schrifttafeln in der Verkaufsstelle und im Versandhandel durch andere geeignete Maßnahmen auf die Rückgabemöglichkeit hinweisen.

- Nach § 32 VerpackG haben Letztvertreiber von befüllten Ein- und Mehrweggetränkeverpackungen in der Verkaufsstelle durch deutlich sicht- und lesbare, in unmittelbarer Nähe zu den jeweiligen Getränkeverpackungen befindliche Informationstafeln mit den Worten „EINWEG“ oder „MEHRWEG“ auf das Vorliegen einer Ein- oder Mehrwegverpackung hinzuweisen. Dadurch wird der Verbraucher auf die Wiederverwendbarkeit der jeweiligen Getränkeverpackung hingewiesen.

Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen kann durch Inaugenscheinnahme von Verkaufsstellen, Überprüfungen der Verkaufspräsentationen von Versandhändlern oder durch Testkäufe erfolgen.

5.2 Vorgaben zur Kennzeichnung

Folgende Vorgaben für die Kennzeichnung von Verpackungen bestehen:

- Die einzige nach VerpackG verpflichtend auf einer Verpackung anzubringende Kennzeichnung ist die Kennzeichnung pfandpflichtiger Einweggetränkeverpackungen (§ 31 (1) Satz 3 VerpackG). Zur Abwicklung der Erstattungsansprüche zwischen den Vertreibern haben sich diese an einem bundesweit tätigen Pfandsystem zu beteiligen. Die Deutsche Pfandsystem GmbH (DPG) stellt den organisatorischen und rechtlichen Rahmen für die Rücknahme und das Pfandclearing (dt.: Pfandausgleich zw. Den Beteiligten) pfandpflichtiger Einweggetränkeverpackungen bereit. Des Weiteren existiert mit der PETCYCLE E.A.G. GmbH & Co. KG (PETCycle) ein weiteres bundesweit tätiges Pfandsystem für PET-Flaschen, welches das Inverkehrbringen und die Rücknahme von Einweggetränkeflaschen in Mehrwegkästen kombiniert.

Die Kennzeichnung besteht im Falle der DPG-Kennzeichnung aus zwei Komponenten:

- der sog. „DPG-Markierung“ mit einer speziellen DPG-Farbe und
- einer exklusiv für den deutschen Markt verwendeten Artikelnummer (EAN).

Die Kennzeichnung darf nur von speziell dafür zugelassenen Etikettendruckern und Dosenherstellern in zertifizierten Standorten vorgenommen werden. Nur diese dürfen die hierfür erforderliche DPG-Farbe verwenden.



Abbildung 12: Beispiel DGP-Kennzeichnung [Bildquelle: INTECUS]

- Hersteller können Verpackungen mit Symbolen zur Kennzeichnung der Materialart versehen. Die Symbole sind in Anlage 5 des VerpackG festgelegt. Andere Symbole dürfen nicht verwendet werden (§ 6 VerpackG i. V. m. Anlage 5 VerpackG). Beispiele für derartige Kennzeichnungen zeigen Abbildung 14-16.



Abbildung 13: Kennzeichnungs-Beispiel Polypropylen [Bildquelle: INTECUS]

RICHTIGE Symbolverwendung!

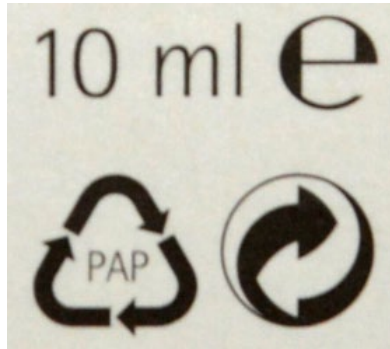


Abbildung 14: Kennzeichnungs-Beispiel Papier und Pappe (nicht eindeutig aufgrund fehlender Nummer) [Bildquelle: INTECUS]

FALSCHE Symbolverwendung!



Abbildung 15: Kennzeichnungs-Beispiel Polyethylen hoher Dichte [Bildquelle: INTECUS]

**FALSCHE Symbolverwendung
(richtig wäre HDPE)!**

Die Überwachung der Einhaltung dieser Anforderungen erfolgt durch Inaugenscheinnahme der Verpackungen.

5.3 Verkehrsverbote

Aus den Vorgaben des VerpackG ergeben sich verschiedene Verkehrsverbote, die in diesem Abschnitt näher betrachtet werden sollen.

5.3.1 Konzentrationsgrenzen gem. § 5 Abs. 1

§ 5 VerpackG legt Konzentrationsgrenzen für Schwermetalle in Verpackungen fest. Grundsätzlich gilt ein Verkehrsverbot für Verpackungen, die eine Konzentration von Blei, Cadmium, Quecksilber und Chrom VI kumulativ in Höhe von 100 mg/kg überschreiten. Ausnahmen gelten für Mehrwegverpackungen in eingerichteten Systemen zur Wiederverwendung, Kunststoffkästen und -paletten, bei den erhöhte Schwermetallgehalte auf den Einsatz von Sekundärrohstoffen zurückzuführen ist, Verpackungen aus Bleikristallglas sowie Verpackun-

gen, bei denen der o.g. Schwermetallgehalt die Grenze von 250 mg/kg nicht überschreitet und diese die Anforderungen der Anlage 4 VerpackG erfüllen.

Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen kann durch Einsichtnahme in Produktdatenblätter oder anderer Unterlagen aus dem Produktionsprozess, mit denen der Hersteller belegen kann, dass er die Stoffverbote sicher einhalten kann, erfolgen. Ist eine Überprüfung auf diesem Wege nicht möglich, ist die Einhaltung der Stoffverbote durch die Analyse von Stichproben zu überwachen.

5.3.2 Kunststofftragetaschen gem. § 5 Abs. 2

Letztvertreiber dürfen ab dem 1. Januar 2022 keine Kunststofftragetaschen, mit oder ohne Tragegriff, mit einer Wandstärke von weniger als 50 Mikrometern, die dazu bestimmt sind, in der Verkaufsstelle mit Waren gefüllt zu werden, mehr inverkehrbringen. Davon ausgenommen sind Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke von weniger als 15 Mikrometern, die aus Hygienegründen erforderlich sind oder als Erstverpackung für lose Lebensmittel vorgesehen sind, sofern dies zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung beiträgt. Mit diesen dünnwandigen Kunststofftragetaschen sind die sogenannten „Hemdchenbeutel“ oder „Knotenbeutel“ gemeint, die im Handel von Verbraucherinnen und Verbrauchern insbesondere für die Verpackung und den Transport von stückweise angebotenen Obst und Gemüse verwendet werden.

Die Regelung umfasst auch biobasierte Kunststofftragetaschen und bezieht sich nur auf solche Tragetaschen, die in der Verkaufsstelle als Verpackung nach § 3 Abs. 1 angeboten werden. Kunststofftragetaschen, die als Produkt (z.B. als Rollen) in der Verkaufsstelle angeboten werden, sind weiterhin zugelassen.

Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen kann durch Einsichtnahme in Produktdatenblätter oder anderer Unterlagen für die im Markt als Verpackung angebotenen Kunststofftragetaschen erfolgen. In diesen Datenblättern sollten Angaben über die Dicke der Materialien enthalten sein.

5.3.3 Nicht registrierte Hersteller gem. § 9 Abs. 5

Verpackungen von Herstellern, die nicht nach § 9 (1) VerpackG registriert sind (s. Abschnitt 5.4), dürfen gemäß § 9 Abs. 5 VerpackG nicht in den Verkehr gebracht werden.

Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen kann durch die zuständige Behörde durch Einsicht in das Verpackungsregister LUCID erfolgen:

<https://lucid.verpackungsregister.org/>

5.4 Registrierungspflicht

Hersteller müssen sich nach § 9 (1) VerpackG vor dem Inverkehrbringen von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen registrieren lassen. Die Registrierung erfolgt auf Antrag bei der Zentralen Stelle im Verpackungsregister LUCID.

Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen kann durch die zuständige Behörde durch Einsicht in das Verpackungsregister LUCID erfolgen:

<https://lucid.verpackungsregister.org/>

5.5 Nachweispflichten

Das VerpackG legt folgende Nachweispflichten fest, welche durch die zuständige Behörde zu kontrollieren sind:

- Hersteller von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen müssen oberhalb der nach § 11 (4) VerpackG genannten Mengenschwellen oder auf Verlangen der zuständigen Landesbehörde bzw. der Zentralen Stelle jährlich bis zum 15. Mai eine Vollständigkeitserklärung abgeben. Die Vollständigkeitserklärung ist durch einen registrierten Sachverständigen oder durch einen registrierten Wirtschaftsprüfer, Steuerberater oder vereidigten Buchprüfer zu prüfen und zu bestätigen und bei der Zentralen Stelle zu hinterlegen.
- Hersteller, die systemunverträgliche Verpackungen oder Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter nach § 15 (1) VerpackG zurücknehmen haben einen Nachweis über die Rücknahme- und Verwertungsanforderungen zu führen. Dieser ist jährlich bis zum 15. Mai zu erstellen und auf Verlangen der zuständigen Landesbehörde vorzulegen. Im Nachweis sind alle in Verkehr gebrachten sowie zurückgenommenen und verwerteten Verpackungen nachvollziehbar zu dokumentieren.
- Hersteller, die ihre Verpackungen im Rahmen einer Branchenlösung zurücknehmen oder mit anderen Herstellern an einer Branchenlösung zusammenwirken, haben Mengestromnachweise nach § 9 (3) VerpackG zu führen. Diese sind bis zum 1. Juni des auf den Berichtszeitraum folgenden Kalenderjahres schriftlich der Zentralen Stelle vorzulegen.

Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen hat durch die Überprüfung der Nachweisunterlagen zu erfolgen.

Neben diesen Pflichten besteht für die Systeme nach § 17 VerpackG folgende Nachweisverpflichtung, welche der Kontrolle durch die Zentrale Stelle unterliegt:

- Systeme haben nach § 17 VerpackG über die Verwertung der von ihnen zurückgenommenen, restentleerten Verpackungen einen Nachweis zu führen. Der sog. Mengestromnachweise ist durch einen registrierten Sachverständigen zu prüfen und zu bestätigen und bis zum 1. Juni des auf den Berichtszeitraum folgenden Kalenderjahres bei der Zentralen Stelle schriftlich vorzulegen.

5.6 Pfanderhebungspflicht

Hersteller von mit Getränken befüllten Einweggetränkeverpackungen sind verpflichtet, von ihren Abnehmern ein Pfand in Höhe von mindestens 0,25 Euro einschließlich Umsatzsteuer je Verpackung zu erheben. Diese Pfanderhebungspflicht gilt für alle Handelsstufen.

Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen kann durch Testkäufe erfolgen.

Um weitere Infos zu erhalten, finden Sie auf der Internetseite des LAU unter dem Pfad „Wir über uns, Publikationen“ → „Fachpublikationen“ → „Faltblätter, Broschüren, ...“ unser Faltblatt zum Thema Einwegpfand. Das Faltblatt kann auch zur Information der Bürgerinnen und Bürger genutzt werden.

5.7 Rücknahmepflichten

Für die in Verkehr gebrachten Verpackungen bestehen umfängliche Rücknahmepflichten:

- Hersteller und in der Lieferkette nachfolgende Vertreiber sind verpflichtet, **Transportverpackungen, Verkaufs- und Umverpackungen**, die nach Gebrauch typischerweise nicht bei privaten Endverbrauchern als Abfall anfallen, **systemunverträgliche Verkaufs- und Umverpackungen** und **Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter** am Ort der tatsächlichen Übergabe unentgeltlich zurückzunehmen (§ 15 (1) VerpackG). Diese Rücknahmepflichten beschränken sich bei Letztvertreibern auf die Verpackungen, die er im Sortiment führt.

- Vertreiber **pfandpflichtiger Einweggetränkeverpackungen** haben diese am Ort der tatsächlichen Übergabe oder dessen unmittelbarer Nähe gegen Rückerstattung des Pfandes zurückzunehmen (§ 31 (2) VerpackG). Die Rücknahmepflicht beschränkt sich auf Einweggetränkeverpackungen der jeweiligen Materialarten Glas, Metall, Papier/Pappe/ Karton und Kunststoff einschließlich sämtlicher Verbundverpackungen aus diesen Hauptmaterialarten, die der rücknahmepflichtige Vertreiber in seinem Sortiment führt. D.h. es wird nur nach der Materialart (also ob Blech oder Kunststoff) unterschieden, so dass z.B. Dosen nur derjenige zurücknehmen muss, der selbst auch welche verkauft. Für Vertreiber mit einer Verkaufsfläche von weniger als 200 Quadratmetern beschränkt sich die Rücknahmepflicht auf Einweggetränkeverpackungen der Marken, die der Vertreiber in seinem Sortiment führt.

Im Versandhandel gelten als Verkaufsfläche alle Lager- und Versandflächen. Beim Verkauf im Versandhandel und aus Automaten hat der Letztvertreiber die Rücknahme durch geeignete Rückgabemöglichkeiten in zumutbarer Entfernung zum Endverbraucher bzw. den Verkaufsautomaten zu gewährleisten.

Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen kann durch Inaugenscheinnahme von Verkaufsstellen, Überprüfungen der Verkaufspräsentationen von Versandhändlern oder durch Testkäufe erfolgen.

5.8 Verwertungspflichten

Zurückgenommene Verpackungen sind vorrangig einer Vorbereitung zur Wiederverwendung oder einem Recycling zuzuführen. Dies gilt für die restentleerten Verpackungen, die durch die Systeme gesammelt werden und auch für die zuvor genannten Verpackungen, die nach § 15 (1) VerpackG zurückgenommen werden.

Die Systeme haben nach § 14 (2) die gesammelten, restentleerten Verpackungen gemäß den Anforderungen des § 16 VerpackG zu verwerten. Es gelten nach § 16 (2) VerpackG die folgenden Verwertungsquoten:

1. 80 Masseprozent bei **Glas**; ab dem 1. Januar 2022 90 Masseprozent,
2. 85 Masseprozent bei **Papier, Pappe und Karton**; ab dem 1. Januar 2022 90 Masseprozent,
3. 80 Masseprozent bei **Eisenmetallen**; ab dem 1. Januar 2022 90 Masseprozent,
4. 80 Masseprozent bei **Aluminium**; ab dem 1. Januar 2022 90 Masseprozent,
5. 75 Masseprozent bei **Getränkekartonverpackungen**; ab dem 1. Januar 2022 80 Masseprozent,
6. 55 Masseprozent bei **sonstigen Verbundverpackungen** (ohne Getränkekartonverpackungen); ab dem 1. Januar 2022 70 Masseprozent.

Kunststoffe sind zu mindestens 90 Masseprozent einer Verwertung zuzuführen. Dabei sind mindestens 65 Prozent und ab dem 1. Januar 2022 70 Prozent dieser Verwertungsquote durch werkstoffliche Verwertung sicherzustellen.

Die Erfüllung der Verwertungsquoten wird von den Systemen in den nach § 17 (2) geforderten Mengenstromnachweisen dokumentiert. Die Mengenstromnachweise werden jedes Jahr bis zum 1. Juni der Zentralen Stelle zur Prüfung vorgelegt. Das Prüfungsergebnis teilt die Zentrale Stelle anschließend den zuständigen Behörden in einem jährlich erscheinenden Bericht mit.

5.9 Zentrale Stelle

Die Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister („Zentrale Stelle“, kurz ZSVR) ist eine Stiftung privaten Rechts, die vom 1. Januar 2019 an als Beliehene die Aufgaben einer Bundesbehörde wahrnimmt. Aufbau und Organisation der Zentralen Stelle dienen der effizienten Erfüllung gesetzlicher Vorgaben des Verpackungsgesetzes.

Aufgaben der Zentralen Stelle Verpackungsregister

Zu den hoheitlichen Aufgaben gemäß § 26 Absatz 1 Satz 2 VerpackG zählen unter anderem:

- Herstellerregister (§ 9 VerpackG) und Liste der Hersteller, die eine Vollständigkeitserklärung gemäß § 11 VerpackG hinterlegt haben sowie Prüferregister (<https://oeffentliche-register.verpackungsregister.org/>)
- Datenbank für Datenmeldungen von Herstellern (§ 10 VerpackG) und Systembetreibern (§ 20 VerpackG)
- Setzung von Standards im Hinblick auf die Systembeteiligungspflicht von Verpackungen, Mehrweg, Pfandpflicht usw. (insbesondere: Katalog systembeteiligungspflichtiger Verpackungen, <https://www.verpackungsregister.org/stiftung-behoerde/katalog-systembeteiligungspflicht/grundlegende-informationen>)
- Marktanteilsberechnungen für Systeme und Branchenlösungen und Veröffentlichung der Marktanteile, <https://www.verpackungsregister.org/stiftung-behoerde/marktanteile>

Weitere Informationen zu den Aufgaben der ZSVR und zum Verpackungsgesetz sind zu finden unter: <https://www.verpackungsregister.org>.

Zusammenarbeit der ZSVR mit Landesvollzugsbehörden (Einsichtnahme und Information)

Gemäß § 26 Absatz 1 Satz 2 Nr. 20 VerpackG gewährt die ZSVR den nach VerpackG zuständigen Landesvollzugsbehörden auf deren Verlangen Einsicht in die bei ihr hinterlegten

- Datenmeldungen nach § 10 VerpackG
- Vollständigkeitserklärungen nach § 11 VerpackG
- Mengenstromnachweise nach § 17 VerpackG und
- Meldungen der Systembetreiber nach § 20 Absatz 1 VerpackG
- und erteilt ihnen auf der Grundlage der §§ 4 bis 8 des Verwaltungsverfahrensgesetzes die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Auskünfte.

Gemäß § 26 Absatz 1 Satz 2 Nr. 21 i.V.m. § 34 VerpackG informiert die ZSVR die zuständigen Landesbehörden unverzüglich, wenn ihr konkrete Anhaltspunkte für die Begehung einer Ordnungswidrigkeit nach § 34 vorliegen, und fügt vorhandene Beweisdokumente bei.

Beispiele hierfür sind die Nicht-Registrierung eines Herstellers gemäß § 34 Absatz 1 Nr. 7 VerpackG oder Nicht-Hinterlegung einer Vollständigkeitserklärung gemäß § 34 Abs. 1 Nr. 11 VerpackG.

Derzeit hat die ZSVR für die Kommunikation mit Landesvollzugsbehörden ein Postfach eingerichtet (behoerden@verpackungsregister.org). Darüber werden zum Beispiel Ordnungswidrigkeiten-Verdachtsfälle per E-Mail übermittelt. Eine Plattform für einen schnellen Austausch zwischen den Landesvollzugsbehörden bietet darüber hinaus das LUCID Behördenportal unter folgendem Link: <https://behoerden.verpackungsregister.org/>

5.10 Praktische Vorgehensweise bei der Überwachung - Hinweise zur Verwendung der Checklisten

Um ein einheitliches Vorgehen bei der abfallrechtlichen Überwachung durch die zuständigen Behörden in Sachsen-Anhalt zu organisieren, wurden dieser Leitfaden und eine Checkliste erstellt. Die Checkliste dient den Überwachungsbehörden zur Prüfung der Einhaltung der geltenden Rechtsvorschriften durch die im Geltungsbereich der VerpackG tätigen Wirtschaftsteilnehmer, insbesondere sind dies Hersteller von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen und der Einzelhandel.

Die Checkliste ist so aufgebaut, dass im Regelfall die Beantwortung der angegebenen Fragen mit „Ja“ oder „Nein“ möglich ist. Insbesondere, wenn Abweichungen festgestellt werden, sind diese unter „Bemerkungen“ näher zu erläutern. In der rechten Spalte finden sich die zur jeweiligen Frage gehörigen rechtlichen Verweise sowie Anmerkungen und Hinweise zur Überwachung.

Dabei ist jedoch zu beachten, dass im Rahmen von Plausibilitätsprüfungen die vom zu überwachenden Unternehmen für den jeweiligen Sachverhalt verwendeten Daten nicht in erster Linie aus vorgelegten Berichten zu übernehmen, sondern anhand der Betriebsdokumentationen abzugleichen sind.

Nicht alle Fragen der Checkliste können direkt bei der Überwachung im Unternehmen beantwortet werden. Einige Fragestellungen sind durch eine Recherche in den amtlich verfügbaren Informationsquellen bzw. im Internet zu klären. Aus diesem Grund ist es empfehlenswert, bereits vor dem Vor-Ort-Besuch bzw. im Rahmen der Nachbereitung weitere Informationen einzuholen.

In Bezug auf Verpackungen werden einzuhaltende Vorgaben

- zu den Hinweispflichten,
- Verkehrsverboten,
- zu Nachweispflichten,
- zu Registrierpflichten,
- zu den Rücknahme- und Pfanderhebungspflichten,
- zu den Verwertungspflichten sowie
- verpackungsspezifisch zu Konzentrationsgrenzen und Kennzeichnungsvorgaben abgefragt.

Im Abschnitt 0 der Checkliste sind allgemeine Angaben zur Überwachung zu machen (Behörde, Bearbeiter, kontrollierte Einrichtung, Art des kontrollierten Unternehmens etc.). Im Anschluss folgt eine Abfrage bzgl. der kontrollierten Verpackungsarten. Es ist darauf zu achten, dass mittels der Angaben unter Nr. 0.2 die kontrollierten Verpackungen eindeutig identifiziert werden. Nach der Art der Verpackungen, die im kontrollierten Unternehmen vorkommen, sind die entsprechenden Abschnitte 2-7 der Checkliste auszufüllen.

Im Anschluss an die Abfrage der allgemeinen Anforderungen erfolgt die stichprobenartige Auswahl von Verpackungen. Dazu ist für jede ausgewählte Verpackung die „Anlage – Verpackungsspezifische Anforderungen“ auszufüllen.

Im Abschnitt 7 erfolgen eine zusammenfassende Bewertung sowie die Darstellung der getroffenen Maßnahmen. Der benötigte Zeitaufwand der Überwachungsmaßnahme ist zu notieren. Bei dessen Berechnung sind neben der reinen Vor-Ort-Überwachungsmaßnahme auch die aufgewendeten Zeiten für die

- Vorbereitung,
 - Nachbereitung,
 - Fahrten,
 - Protokollierung sowie
 - Nachkontrolle von ergangenen Auflagen
- zu berücksichtigen.

6. Quellenverzeichnis

VerpackG	Verpackungsgesetz vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2234), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2232) geändert worden ist
RL 94/62/EG	Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. EU Nr. L 365 vom 31.12.1994, S. 10), zuletzt geändert durch Richtlinie (EU) 2018/852, des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018

7. Anlage

Anlage 1 Checkliste VerpackG